

## Auf ein Gespräch mit Christoph Zöpel

Ein Interview von Nele Steffen, stud. Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle des RVDL

*Herr Professor Zöpel, was haben Sie als Minister aus der Durchsetzung öffentlicher Belange wie dem Erhalt von Kultur- und Naturerbe auch gegen das Drängen von lokalen Kräften, anderen planerischen Ressorts und Investoren gelernt?*

Denkmalpflege gehört zur Daseinsvorsorge und Kulturerbe ist ein öffentliches Gut. Für entsprechendes politisches Handeln ist entscheidend, dass der Schutz von Denkmälern rechtlich verankert ist, in Nordrhein-Westfalen steht er seit 1950 als Artikel 18(2) in der Landesverfassung, seit 1980 gibt es hier das Denkmalschutzgesetz.

Auf der Landesebene gab es nach 1980 keinen interministeriellen Abstimmungsbedarf zwischen dem Denkmalschutz und anderen Zielen der Stadtentwicklung, beides waren Aufgaben meines Ressorts. Der Abstimmungsbedarf in der Landeregierung lag nur bei der Finanzierung. Die Beamten des Finanzministers spielten in der Vorbereitung der Haushaltsverhandlung immer ein Spielchen und setzten den Denkmalschutz zunächst auf null. Ich habe in den Verhandlungen auf Ministererebene gesagt: Ohne Denkmalschutz geht es nicht! Dann habe ich meistens ein wenig beim Wohnungsbau gekürzt und so war es entschieden.

Der Umgang mit lokalen Kräften, Investoren und Unternehmen ist weniger eine Koordinierungsfrage als mehr ein Grundverständnis von Politik. Demokratie funktioniert dadurch, dass jeder Mensch das Recht hat, sich eines Problems anzunehmen, so auch des Erhalts von Denkmälern. In den meisten Städten sind sie ja stolz auf diese Menge und Vielfalt. So würde ich behaupten, dass 80 % der Denkmäler ohne großen Streit unter Schutz gestellt werden. Diskutiert werden die 20 %, wo das nicht so einfach klappt. Der Hauptgrund ist, dass private Investoren ein Interesse an dem mit einem Denkmal besetzten Grundstück haben. Dann geht der Streit darum, ob es nicht besser ist, das Grundstück für Wohn-, Wirtschafts- oder Verwaltungsbauten zu nutzen als ein Denkmal zu erhalten. Dieses Anliegen kann man ja auch gar nicht verurteilen. Es macht immer wenig Sinn, von vornherein zu polemisieren – das verhindert oft Lösungen. Eine kluge Untere Denkmalbehörde regelt das Interesse bzw. das ökonomische Anliegen anders. Der interessanteste Fall auf Ministererebene war die Rheinuferstraße in Düsseldorf, der historische Hafen wurde ja erst entdeckt, weil ein Parkhaus dort gebaut werden sollte. Das ist dann woanders entstanden, der Hafen ist geblieben.

*Wie schauen Sie heute auf die Novellierung des NRW-Denkmalschutzgesetzes vor dem Hintergrund Ihrer politischen und planerischen Erfahrung im „Kulturland NRW“?*

Kommen wir direkt zu dem Hauptpunkt: die Beeinträchtigung der Möglichkeiten der Landeskonservatoren und die Entscheidungsfurcht des Ministeriums. Nach dem neuen § 19 entscheiden die Gemeinden nach Anhörung der Landeskonservatoren, nicht mehr im Benehmen mit ihnen. Verständigen sich Landeskonservatoren und Gemeinden nicht, prüft das Ministerium, ob es entscheidet, zuvor *musste* es entscheiden.

Ich weiß wohl, warum das gemacht wurde: Es hat sich eingebürgert, dass vor jeder Ministerentscheidung Gutachten eingeholt werden. Meine Entscheidungen sind im Gespräch mit dem für Denkmalschutz zuständigen Referenten gefallen. Es ist eine unsinnige Bürokratisierung, die jetzt dazu geführt hat, dass der zuständige Minister oder die zuständige Ministerin beschließt: „Ich mache es lieber gar nicht“. Wenn ich angerufen wurde, dann musste ich entscheiden. Und eines

hat mit dem Verständnis des Gesetzes zu tun: Zusammen mit der Entscheidung, dass ein Objekt ein Denkmal ist, konnte ich auch entscheiden, wie es über die Haushaltsmittel gefördert wird. Für mich unakzeptabel ist zudem die Sonderstellung von Kirchen und Religionsgemeinschaften in §31.

Generell gibt es einige Änderungen, die durchaus sinnig sind. Jedes Gesetz wird ab und an justiert. Allerdings habe ich gelernt: *Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu ändern, ist es notwendig, dies nicht zu tun!* Dass das alte Gesetz aufgehoben und ein formal neues an seine Stelle gesetzt wurde, dafür gab es keinen Grund. Das neue Gesetz wurde im Parlament so gut wie nicht beraten, es wurde in der letzten Sitzung des Landtags vor der Wahl ohne gründliche Diskussion verabschiedet.

*In der Begleitung des Strukturwandels im Ruhrgebiet haben Sie einen vorausschauenden Blick und ein behutsames Gespür für die Umnutzung und Würdigung von Orten der Industriekultur bewiesen. Was können Sie den gegenwärtig und zukünftig gestaltenden Generationen mit auf den Weg geben, um an ähnlich vorausschauenden Visionen für das Rheinische Revier der Zukunft zu arbeiten?*

Lassen Sie mich zunächst zum Denkmalschutz und zur kulturellen Identität in „Ruhr“ etwas sagen. Ein ganz entscheidender Punkt dabei war und bleibt, dass die Montanindustrie zu Ende gegangen ist. Damit stellte sich die Frage: Was ist die gebaute Identität dieser Agglomeration? Das sind die Industriebauten, die auch von kunsthistorischer Attraktivität sind.

Das erste geschützte Industriedenkmal in Ruhr war die Zeche Zollern in Dortmund, gebaut im Jugendstil. Der Schutz wurde damals gegen den westfälischen Landeskonservator von einer Bürgerinitiative durchgesetzt im Zusammenspiel mit NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn, der 1969, gestützt auf die Landesverfassung und überkommenes preußisches Denkmalrecht, für die Unterschutzstellung sorgte.

Dann gibt es manchmal Zufälle: Ein guter Bekannter von mir war Fraktionsvorsitzender der SPD in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe und er war dem „Erfinder“ des Industriemuseums, Helmut Bönnighausen, sehr verbunden. Wenn heute diskutiert wird, wer hat den Schutz der Industrie-

denkmäler im Ruhrgebiet initiiert, dann waren das publizistisch die Kunstfotografen Hilla und Bernd Becher und administrativ Bönnighausen. Eine Woche im Amt als Oberste Denkmalbehörde, wurde ich von meinem Bekannten zusammen mit Bönnighausen aufgesucht. Nach diesem Gespräch habe ich erstens die Förderung eines westfälischen Industriemuseums mit Zentrale auf Zollern gesichert und zweitens dafür gesorgt, dass in Verantwortung von Landeskonservator Udo Mainzer ein rheinisches Industriemuseum mit Zentrale in Oberhausen eingerichtet wurde.

Karl Ganser und ich waren seit Ende der 1980er Jahre einer Meinung, dass die Industriekultur an der Ruhr Welterbe ist. Sie ist die spezifische Identität der Millionenstadt „Ruhr“. Zur historischen



*Maschinenhalle der Zeche Zollern in Dortmund, das erste eingetragene Industriedenkmal*  
© Dat Doris, wikimedia commons CC-BY-4.0

Identität aller großen europäischen Metropolen gehören ihre gründerzeitlichen Bauten, exemplarisch die Ringe in Paris und Wien. In der Gründerzeit ist im Ruhrgebiet jedoch etwas Anderes gebaut worden: Anlagen, um Kohle und Stahl zu produzieren. Das ist für diese baukulturelle Epoche die einmalige Identität. Allerdings stehen nicht nur Gründerzeit oder Industriebauten für die Baukulturalität europäischer Metropolen. Auch in Ruhr gibt es zahlreiche mittelalterliche Bauten, sie sind nur im Gedächtnis überlagert von der Montanindustrialisierung. Deshalb gibt es die Initiative des Rheinischen Vereins, hier eine Route des Mittelalters herauszustellen.

Damit komme ich zum Rheinischen Revier. Bevor sich Vergleiche ziehen lassen, müssen die Unterschiede festgehalten werden. Das Rheinische Revier ist dünn besiedelt, es ist keine Millionenstadt. Im Rahmen des Braunkohletagebaus sind dort einige wichtige Bauten, überwiegend gründerzeitliche, zerstört worden: u.a. der Immerrather Dom als die einzige zweiturmige Kirche der Region.

Schon begonnen hat eine denkmalbezogene Bestandsaufnahme bis 2022 für den Abriss vorgesehener Häuser (s. RH 3/2023). Wenn es gelingt, in Dörfern, die nun stehen bleiben, Häuser denkmal- wie zukunftsgerichtet zu erhalten, ist das ein Erfolg. Dann stellt sich die Frage, welche Bauten und welche Förderbagger, die im Zusammenhang mit der Braunkohlenförderung stehen, denkmalgerecht erhalten werden sollten. Ganz sicher gilt das für das RWE-Kraftwerk Frimmersdorf II in Grevenbroich (s. RH 3/2022). Zu prüfen ist das für die Kraftwerksblöcke Niederaußem K, Neurath F und Neurath G, die 2030 stillgelegt werden sollen. Bisher nicht bedacht sind die riesigen Förderbagger; es wäre gut, einige in situ oder museal zu erhalten.

Diese Denkmalschutzziele stehen dabei jedoch den landschaftlichen Herausforderungen nach. Im Rheinischen Revier muss eine neue Landschaft geschaffen werden – eine in Europa einmalige Aufgabe!

Mit den bisherigen regionalpolitischen Strategien werden beide Ziele arbeitsmarktpolitischen nachgestellt, aus nachhaltiger Sicht kaum verständlich. Das Rheinische Revier liegt zwischen zwei Städten mit hoch entwickelten, technologieorientierten Universitäten, das heißt es gibt Arbeitsplätze in Aachen oder Köln. Die aktuellen Diskussionen dazu sind geprägt von den kurzfristigen Arbeitsplatzargumenten von RWE.

Die große Mehrheit der Bevölkerung freut sich heute sicherlich, dass die Ära der Kohle zu Ende ist. Im Kreis Heinsberg gab es auch Steinkohle, mit der Zeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven. Kaum jemand redet noch davon. Ehemalige Bergleute haben sich dafür engagiert, ein Museum über Steinkohlenförderung zu eröffnen und den Förderturm von Sophia stehen zu lassen. Aus dem Kreis Aachen ist festzuhalten, dass in Alsdorf das Museum „energeticum“ in bergbauhistorischen Gebäuden eingerichtet wurde. Rheinisches Braunkohlenrevier und Aachener Steinkohlenrevier sind wirtschaftsgeschichtlich als ein energiegeprägter Raum zu sehen.

*Welche Themen der Zukunft zu Denkmalpflege und Landschaftsschutz bleiben in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion Ihrer Meinung nach gegenwärtig noch unterbeleuchtet?*

Denkmalpflege und Landschaftsschutz sind in einen Konflikt mit der Klimarettung geraten. Dazu spitze ich zu: Ich halte die Bewahrung der Kultur gegenüber der Klimarettung als die größere Herausforderung. Mit Klimaschutzmaßnahmen bei Denkmälern anzufangen, halte ich geradezu für grotesk. Es gibt in NRW über den Daumen vier Millionen Gebäude und 80.000 Denkmäler. Erst wenn 3.920.000 Gebäude energetisch saniert und aufgerüstet sind, sollte man an die Denkmäler heran. Auf dem Kölner Dom Solarenergie zu gewinnen, das wäre ... kulturell zerstörerisch.

*Das wäre mal Symbolwirkung!*

Ein interessantes Argument. Ihre Generation erfährt gerade, dass es die Klimagefahren gibt, die ihr weiteres Leben schwer beeinträchtigen können. Damit ist Klimaschutz das erste große Thema, mit dem sie umgehen muss. Der Hauptgrund der Klimakrise wird ungenügend mitdiskutiert: Mittlerweile sind wir fünf Milliarden Menschen mehr auf dem Planeten Erde als bei meiner Geburt. Es wird zu den nachhaltigen Herausforderungen gehören, zu diskutieren, wie sich neun Milliarden Menschen auf dieser Welt verteilen lassen.

*Ich glaube, meine Generation ist gezwungen, den Blick zu erweitern. Ich bezweifle nicht, dass wir hier immer noch eine vergleichsweise gemütliche Zukunft haben werden, aber die Frage hinter unserem Handeln ist ja auch, was mit so vielen anderen Menschen, und nicht nur Menschen, sondern auch Tieren, Pflanzen, Ökosystemen passieren wird, und welche Verantwortung bei unserer Erde und unserem Lebensstil liegt.*

Die Frage ist berechtigt. Historisch steht eines fest, und da kommen wir zum Ruhrgebiet zurück: Das Ruhrgebiet gehört zu den fünf Regionen der Welt, die im Prinzip am Unglück der Welt schuld sind, weil es dort Kohle gab. Ein gut bezahlter Ingenieur aus England hat die Dampfmaschine entwickelt und daraufhin konnte Kohle gefördert werden, die wiederum die Grundlage für den kolonialen Imperialismus wurde. Ohne darüber nachzudenken, wie Menschen unter denen in Europa einigermaßen vergleichbaren Lebensverhältnissen leben können, wird es auch keine Beruhigung der Klimakrise geben. Dazu wird allerdings auch gehören, dass Menschen teilweise umziehen.

*Wie könnte man denn Klimaschutz und Denkmal- und Landschaftsschutz als sich gegenseitig unterstützende Kräfte bündeln, statt sie gegeneinander auszuspielen?*

Da kommen wir zu spannenden Debatten! Die junge Generation von Denkmalschützern ist für den Erhalt der jungen Betonarchitektur. Dazu gibt es zwei Argumente der Abwägung: a) diese Betonbauten dürfen nicht ohne Weiteres abgerissen werden, b) mit Beton darf nicht mehr gebaut werden, weil es so ressourcenaufwändig ist. Warum bewahren wir dann Betonarchitektur, wenn die Menschheit doch lernen muss, mit anderen Materialien zu bauen? Wenn ich gegen Betonbauten argumentiere, habe ich nicht von Gottfried Böhms Kirche in Neviges gesprochen. Bei der Ruhr-Universität in Bochum hingegen bin ich der Meinung gewesen, dass man sie nicht hätte unter Denkmalschutz stellen sollen. Denn was da jetzt gemacht wird, ist geradezu grotesk! Gebäude werden weitgehend abgerissen und maßstabsgetreu getreu wiederaufgebaut – in Beton, weil sie Denkmäler sind. Gegen durchaus mögliche Alternativen wurde mit Bezug zum Denkmalschutz erfolgreich argumentiert.

Aber noch einmal zum Kern Ihrer Frage zurück: Ich halte es für zwingend erforderlich, dass auch im Zusammenhang des Klimaschutzes die Bewahrung von gebauter Kultur hoch gewertet werden muss. Den Menschen gibt es nur, weil er sich evolutionär kulturell entwickelt hat. Zu konkreten Konflikten, bei Windkraftanlagen, kann ich Birgitta Ringbeck folgen, frühere Referentin für Denkmalschutz in NRW, dann im Auswärtigen Amt für das UNESCO-Welterbe zuständig. Mit Blick auf Windkraftschläger schlägt sie vor, diese als Brückentechnologie zu sehen und sie nach einiger Zeit zwecks Denkmal- und Landschaftsschutz wieder abzureißen. Dazu sollte es eine Konvention des Europarates geben.

*Herr Professor Zöpel, ich danke Ihnen für das Gespräch!*